DEUTSCHLAND

VIERER-KONFERENZ

Kommt auf uns zu

Noch vierzehn Tage, dann werden ein Isländer, ein Brasilianer, ein Pakistaner und ein Holländer die Grenzen Deutschlands überschritten haben und mit dem anfangen, was ihnen die Vollversammlung der Vereinten Nationen vor Weihnachten in Paris aufgetragen hat: Mit einer Untersuchung darüber, ob in allen Teilen Deutschlands Voraussetzungen für freie Wahlen gegeben sind (vgl. dazu Seite 10: „Wir hauen beide Beine weg").

Schon steht beinahe fest, daß die Mission der vier (Polen sollte den fünften Mann stellen, lehnte aber ab) nur noch rein platonisch sein kann. Die Bundesregierung will sie zwar in Bonn, und Westberlins Senat will sie in Westberlin empfangen. Die Einreise in die sowjetische Zone und nach Ostberlin aber, an die jeder der Delegierten jener 45 Staaten dachte, die die Kommission einsetzten, *wird den vieren verweigert bleiben.*

Die Ostberliner „National-Zeitung" nannte die vier „ungebetene Gäste, die von Deutschland soviel Ahnung haben dürften, wie ein deutscher Bürger von der Handhabung tibetanischer Gebetsmühlen."

Hier irrt das Ostberliner Blatt:

- Islands 54jähriger Kristjan Albertson, einer der vier, war von 1935 bis 1943 Dozent für Isländisch an der Universität Berlin;
- der Vater des 37jährigen holländischen Delegierten Max Kohnstamm, der Pädagoge Professor Dr. Philipp Kohnstamm, wurde 1875 sogar zu Bonn am Rhein geboren.

Bei den anderen beiden könnte der Vorwurf der sowjetdeutschen „National-Zeitung" mit den Gebetsmühlen eher zutreffen:

- der dritte, Brasiliens Antonio Mendes Vianna, 42, war Anfang der dreißiger Jahre Konsul in Budapest, erlebte das Kriegsende 1944/45 in der brasilianischen Botschaft in Madrid und wurde im vergangenen Jahr Generalkonsul in Antwerpen;
- der vierte, Pakistans Ali Haidar Abassi, war Vorsitzender des UNO-Balkanausschusses.

Die große Frage, die über Erfolg oder Fehlschlag der Mission dieser vier entscheidet, heißt: Ist die pythische Stellungnahme der Sowjetzonenregierung*) wirklich endgültig? Was werden die Russen tun? Nach neuester sowjetischer Sprachregelung stehen zwar schon nicht mehr gesamtdeutsche Wahlen oder gesamtdeutsche Beratungen im Vordergrund der Ostpropaganda, sondern Rußlands Drang zu einer Viermächte-Konferenz, die von den Sowjets (in ihrer Antwort auf Grotewohls Briefe an die vier Großmächte) als Ziel aller Wünsche hingestellt wurde.

Ist es aber nicht denkbar, daß die UNO-Kommission doch noch mit der Sowjetzonen-Regierung ins Gespräch kommt?

*) „Dem Ministerrat ist das Verlangen einer Kommission der Vereinten Nationen zur Kenntnis gekommen, zwecks Untersuchung der Wahlvoraussetzung in Deutschland im Laufe des Monats März Gespräche mit Vertretern der verschiedenen Teile Deutschlands zu führen. Der Ministerrat sieht keine Veranlassung, den Feststellungen etwas hinzuzufügen, die in dieser Frage von der Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor dem ad-hoc-Ausschuß der *Vereinten Nationen* am 11. Dezember 1951 in Paris abgegeben wurden. Es besteht keinerlei Veranlassung für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, eine Aenderung an dem seinerzeit eingenommenen Standpunkt vorzunehmen."

Man wisse es nicht, philosophierte Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, letztes Wochenende in Bonn. „Sie haben nicht nein gesagt."

MdB. Ernst Lemmer, CDU-Fraktionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus: „Sie haben endgültig nein gesagt."

Herbert Wehner (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen: „Nicht nein".

Jakob Kaiser meinte, daß Pankow noch keine Instruktionen aus Moskau hatte. Ernst Lemmer sagte, daß Moskau keinen westlichen Vorschlag in Sachen Deutschland annehmen werde, sondern nur über eigene Vorschläge und auf eigene Initiative verhandeln wolle.

Die Stellung, die Abgeordnete im gesamtdeutschen Ausschuß des Bundestags und andere Politiker, die sich mit dem Problem der Teilung Deutschlands befassen, zu einer möglichen Viererkonferenz einnehmen, ist überwiegend positiv.

Lemmer sagt: „Natürlich muß man, schon um sie zu stellen." Der Generalsekretär der bayerischen CSU, MdB. Franz Joseph Strauß, Konrad Adenauers neuernannter „Wehrberater": „Natürlich muß man eine Viererkonferenz unterstützen, auch wenn die Russen die UNO-Kommission schlecht behandeln; dazu steht viel zuviel auf dem Spiel." — Wehner: „Die Viererkonferenz kommt auf uns zu. Es ist unsere Pflicht, uns darauf vorzubereiten."

Das tat Jakob Kaiser auf seine Art. Nach der Diskussion über die dubiose Pankower Stellungnahme zur UNO-Kommission im gesamtdeutschen Ausschuß des Bundestags gab er am Freitagmittag im Bundeshaus an seine Freunde die Sprachregelung aus, der sich dann auch Lemmer beugte: „Es ist kein Nein; abwarten, was die Sowjets tun werden."

Um ihnen Gelegenheit zu geben, sich lange zu überlegen, was sie tun könnten, will Kaiser die UNO-Kommission zur Untersuchung über die Möglichkeit gesamtdeutscher Wahlen in Berlin etablieren.

Nach ihrem Besuch am 17. März in Bonn, zu dem Kanzler Adenauer sie am letzten Wochenende eingeladen hat (gegen den Vorschlag Kaisers, der das Treffen gern in Berlin arrangiert gesehen hätte), soll sie nach Westberlin weiterreisen und dort erst einmal bleiben.

In Berlin wird sie mit dem Westberliner Sinn für Repräsentation „ihrer Bedeutung gemäß als Vertreter der höchsten politischen Instanz der Welt" am 21. März im Schöneberger Rathaus feierlich empfangen werden. „Ihr Wunsch ist uns Befehl", hat regierender Bürgermeister Ernst Reuter schon jetzt als Besuchsdevise ausgegeben.

Sollten die vier UNO-Leute sich als seine offiziellen Gäste betrachten, werden sie im Gästehaus der Stadt am Kleinen Wannsee wohnen. Oder sie können sich aus einer Liste die ihnen genehmen Hotels aussuchen. Oder der Senat stellt ihnen ein exklusives Bürohäuschen komplett mit UNO-Fahne zur Verfügung. Die jeweiligen Konferenzstätten werden zum exterritorialen Gebiet erklärt.

Reuter will sich nicht nachsagen lassen, er habe nicht alles für eine eventuelle Wiedervereinigung Deutschlands getan. Vielleicht, daß es sich der Osten doch noch überlegt.

Was hat der Osten gesagt? Nicht nein: **Kaiser;** nein: **Lemmer**

GRENZKAMPF

Was uns trennt

Westdeutschlands SPD-Vorstand hatte für seine letzte Vorstandssitzung als Punkt 6 ursprünglich die Behandlung des Themas „SPD und SPF (Sozialdemokratische Partei Flensburg)" vorgesehen. Punkt 6 wurde zwar nicht behandelt. Trotzdem besteht kein Zweifel mehr: Die SPD möchte die 1946 von Schumacher ausgeschlossenen sozialdemokratischen Genossen Flensburgs wieder in den großen Partei-Schoß zurückholen.

Die ersten Versuche wurden jetzt gemacht. Am 1. Februar rollte der 2. SPD-Vorsitzende Ollenhauer nach Flensburg, um dort im Gewerkschaftshaus am Nachmittag vor der treudeutschen Flensburger Rumpf-SPD und am Abend vor den mit Dänemark flirtenden SPF-Genossen zu sprechen. Ungewöhnlicher Beifall empfing ihn. Ollenhauer war klug genug, trotzdem nur neutral zu sprechen und an dem heißen Eisen „SPD und SPF" vorbeizureden.

Um 18.20 Uhr, zwischen beiden Referaten, zog er sich allerdings zu einem internen Abendessen zurück. Das Tischgespräch ging um die Rückkehr der Sozialdemokratischen Partei Flensburg zur SPD.

Das Trennende zwischen SPD und SPF ist nicht die Weltanschauung, sondern die Blickrichtung. Die SPF schielt wehleidig über die Grenze und ist für evtl. Abtretung Flensburgs an Dänemark. Sie bildet im Flensburger

Stadtparlament mit dem Südschleswigschen Wählerverband eine dänische Front und ist die stärkste Partei der Stadt.

Nach dem ersten Weltkrieg saßen die Flensburger schon einmal auf der Schneide des Abtrennungsmessers.

In dieser grenzpolitischen Spannungszeit waren es die Sozialdemokraten, die den klarsten Kopf bewahrten. Nördlich und südlich der 1920 festgelegten deutsch-dänischen Grenze erklärten sie: „Wir sind gegen jeglichen Chauvinismus und Irredentismus." Der damalige deutsche SPD-Vorsitzende Otto Wels und der langjährige SP-Chef Dänemarks, Thorvald Stauning, unterschrieben gemeinsam am 25. November 1923 ein deutsch - dänisches Grenzabkommen unter Sozialdemokraten, mit dem beide Seiten die Grenze von 1920 (mit einem deutschen Flensburg) als endgültig anerkannten.

Nach dem Weltkrieg II geschah genau das Gegenteil. Am 8. Juni 1945 setzten sich 34 deutsche Sozialdemokraten zusammen und faßten eine Note an die dänischen Genossen ab, mit der sie sich erboten,

- „jede Bestrebung zu unterstützen, die das Ziel hat, die Grenze von 1920 nach Süden zu rücken und das Gebiet um Flensburg (einschließlich der Stadt) an Dänemark anzuschließen."

So das dänisch verfaßte „Sydslesvigsk Dagbog" (Südschleswiger Tagebuch). Es vermerkt dazu in Band I resignierend: „Die dänischen Sozialdemokraten legten die Note zu den Akten."

Immerhin kam Dänemarks damaliger Außenminister Möller am 17. August 1945 über die Grenze, um die Flensburger Sozialdemokraten zu besuchen. Und der Mitinszenator der Abtrennungs-Note vom 8. Juni 1945, Hugo Hellwig, schrieb an seine Kopenhagener Genossen: „Seit diesem Tage datiert der Kampf der Schleswig-Holsteinischen SPD-Landesleitung in Kiel gegen die Flensburger Sozialdemokraten", die inzwischen im SPD-Kreisverein zusammengeschlossen waren.

Als dann am 15. Mai 1946 die Flensburger Sozialdemokraten sogar ein Wahlabkommen mit dem dänisch orientierten SSV (Südschleswigschen Verein) abschlossen, wurde es Dr. Kurt Schumacher zuviel: er verhängte am 7. Juli 1946 den parteiinternen Bannfluch über die Flensburger Genossen, die Nicolaus Reiser dann in einer eigenen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Flensburg, sammelte. Nicolaus Reiser war damals Flensburgs Bürgermeister.

Heute versucht er, sich langsam mit dem Gedanken einer Rückkehr in die SPD anzufreunden. Das ist aber schwierig, weil es eine Reihe von Institutionen gibt, die einem Aufweichen der verhärteten Grenzkampffronten nicht eben dienlich sind.

Da gibt es auf der deutschen Seite

- die Arbeitsgemeinschaft deutsches Schleswig,
- den Grenzfriedensbund,
- den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund und
- die Montag-Gesellschaft

und auf der dänischen Seite

- den Südschleswigschen Verein (SSV),
- dänische Sportvereine und
- dänische Kulturgruppen.

Die Flensburger selbst freilich denken durchweg nicht so streng national wie diese Institutionen. Sie beginnen sich jetzt dafür zu interessieren, wer eigentlich in ihrer Stadt die Hauptworte im deutsch-dänischen Flensburg-Kampf spricht. Wobei sie entdecken, daß eine Reihe der Kampf-Aktivisten, die Flensburg so gerne an Dänemark anschließen würden, weder Nord- noch Südschleswiger sind:

- Der Fraktionsführer des dänisch gesinnten Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) im schleswig-holsteinischen Landtag, Samuel Münchow, entstammt einer Pommern-Familie;
- der 1. Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Flensburg, Nicolaus Reiser, entstammt einer Glasbläser-Familie aus dem Erzgebirge;
- der maßgeblich in der SPF mitwirkende Vorsitzende des DGB - Ortsausschusses Flensburg, Beyreis, kommt aus einer Bielefelder Familie;
- der Chef vom Dienst und Politik-Redakteur der dänisch gesinnten „Südschleswigschen Heimatzeitung", Carl Hagens, ist zwar in Sonderburg (Nordschleswig) geboren, spricht aber heute noch Berliner Dialekt, da er langjähriger Ullstein-Journalist war und nach

Flirt mit Dänemark
Abtrünniger Sozialdemokrat **Reiser**

1945 erst nach Flensburg verschlagen wurde, wo er zunächst auf der deutschen Seite Sportredakteur beim „Flensburger Tageblatt" war;

- der Kulturrezensent der „Südschleswigschen Heimatzeitung", Friedrich Schulze, ist Ostpreuße, den die Flucht nach Flensburg verschlug;
- der einzige SSW - Bundestagsabgeordnete Hermann Clausen war 1923 noch maßgeblich am Zustandekommen des sozialdemokratischen Grenzabkommens beteiligt, wobei er den deutschen Standpunkt vertrat.

Als neue Grenzkampf - Institution wurde am letzten Sonnabend ein „Grenzpolitischer Rat" mit Flensburger Rum getauft. Der Täufling soll nach dem Willen seiner Paten alle grenzpolitisch interessierten Kräfte der *deutschen* Seite koordinierend an einen runden Tisch bringen.

Nur dem Rundfunk gelang es bisher, *beide* Kampfseiten zusammenzusetzen. Das war am 7. Februar im NWDR-Studio Flensburg, wo je zwei Deutsche und zwei Dänen ihre Argumente ins Mikrophon sagten und anschließend zusammen friedlich zum Essen gingen.

Die Flensburger sitzen auch sonst gern zusammen. Nur die Aktivisten nicht.

RECHTSPFLEGE

Die besten Freunde

Wenn Herr List nicht bis zum Heiligen Abend bei seiner Familie ist, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie sich eines Tages im SPIEGEL sehen", sagte der dem SPIEGEL bis dato unbekannte Ludwigsburger Handwerksmeister Julius Jenner Ende vorigen Jahres der Richterin Dr. Schürholz nach Stuttgart durch den Telefondraht.

„Herr List" konnte deswegen am Heiligen Abend nicht bei seiner Familie sein, weil er nur unter der Bedingung aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, daß er nicht wieder nach Ludwigsburg zurückkehre. Handwerksmeister Jenner, ein Großonkel Lists, wollte mit seinem Telefonat Richterin Dr. Schürholz, die für den Fall List Referentin war, bewegen, zum Christfest doch von dem Aufenthaltsverbot für seinen Großneffen abzugehen*), falls Sie sich nicht im SPIEGEL sehen wolle.

Am Aschermittwoch bekam Jenner für diese Aeußerung die Quittung: Das Amtsgericht Ludwigsburg entschied, die Ankündigung einer solchen Veröffentlichung sei der Androhung eines schweren Uebels gleichzusetzen, mit dem ein Eingriff in die freie Entscheidung der Referentin versucht worden sei. Das Gericht bestätigte die 100 DM Geldstrafe**).

Die Meldung von der Verurteilung Jenners ging Ende voriger Woche durch die deutsche Tagespresse. Die rund fünfhundert Gefangenen in der Landesstrafanstalt Ludwigsburg jedoch fanden dort, wo sie in den Zeitungen hätte stehen müssen, nur ein Loch im Papier; denn diese und ähnliche Meldungen, in denen „Herr List" wie in dem Telefongespräch eine Rolle spielt, werden von den Aufsichtsbeamten vorher sorgfältig ausgeschnitten und vernichtet. Der 48jährige Regierungsrat Alfred List ist nämlich immer noch der formale Leiter der Landesstrafanstalt Ludwigsburg.

Gefängnisdirektor List ist allerdings schon seit dem 3. Juli 1951 unter voller Weiterzahlung seiner Bezüge in Höhe von monatlich 716,55 DM vom württembergbadischen Ministerpräsidenten und Justizminister Dr. Reinhold Maier beurlaubt. Er steht im dringenden Verdacht,

- „in vier Fällen vorsätzlich die ihm durch behördlichen Auftrag eingeräumten Befugnisse, über fremdes Vermögen zu verfügen, mißbraucht, oder die ihm kraft seines Treueverhältnisses obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen wahrzunehmen, verletzt und dadurch dem, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hatte, Nachteil zugefügt zu haben."

Hinter dieser juristisch verschlungenen Formulierung aus der Anklageschrift der

*) Jenner hielt seinen Hinweis wahrscheinlich deswegen für wirksam, weil der SPIEGEL gegenwärtig die Stadt Ludwigsburg besonders beschäftigt. Für Ende März hat das Landgericht Stuttgart gegen den Ludwigsburger Schulrat Schneckenburger einen Prozeßtermin wegen der in SPIEGEL Nr. 44/51 wiedergegebenen Vorwürfe gegen den Pädagogen anberaumt.

**) Nach § 114 StGB wird wegen Beamtennötigung verurteilt, „wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohungen eine Behörde oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung zu nötigen". Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist auch eine Drohung mit einer an sich rechtsmäßigen Handlung nach § 114 strafbar. Die Gerichte halten sich bis heute im allgemeinen noch an diese Auslegung des Reichsgerichts. Das Osnabrükker Landgericht hingegen hob in der Berufungsinstanz ein auf Geldstrafe lautendes Urteil auf unter der Begründung: „Die Androhung einer Presseveröffentlichung kann nicht als Nötigung angesehen werden. Jeder Beamte muß es sich heute gefallen lassen, in der Presse öffentlich kritisiert zu werden."